

Stand: 04.07.2025 15:45:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2524

"Für saubere Städte und Gemeinden: Bußgelder gegen Müllsünder erhöhen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/2524 vom 07.06.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/3744 des KI vom 03.07.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 28 vom 10.10.2019
4. Beschluss des Plenums 18/4184 vom 15.10.2019
5. Plenarprotokoll Nr. 29 vom 15.10.2019



Antrag

der Abgeordneten **Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Inge Aures, Christian Fli-
sek, Harald Güller, Stefan Schuster, Arif Taşdelen SPD**

Für saubere Städte und Gemeinden: Bußgelder gegen Müllsünder erhöhen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die im Bußgeldkatalog „Umweltschutz“ (Az.: 2129.0-U) im Abschnitt B I. („Sachbereich „Abfallentsorgung“) verankerten Regel- und Rahmensätze deutlich zu erhöhen.

Begründung:

Jedes Jahr werden die Müllberge höher, Kommune ersticken inzwischen in illegal abgeladenem Müll. Ob Sperrmüll, Haus- oder Gartenabfälle, ob mit Auto oder Transporter absichtlich in den öffentlichen Raum geschafft oder nach der Grillparty im Park einfach liegen gelassen. Ob aus Unachtsamkeit weggeworfene Zigaretten und Kaugummi, zerbrochene Glasflaschen auf Kinderspielplätzen oder illegale Müllablagerungen in der Nähe von Containerstandorten oder im Wald: In vielen Städten und Gemeinden ist Müll, der dort entsorgt wird, wo er nicht hingehört, inzwischen ein großes Problem.

Einerseits, weil mit deren Beseitigung Kosten verbunden sind, andererseits, weil gerade mit Blick auf Kleinkinder auch Gefahr davon ausgehen kann. Nicht zuletzt wirken sich Hotspots illegaler Müllablagerungen negativ auf die Lebensqualität und Attraktivität des Wohn- und Lebensumfelds aus und belasten damit die gesamte Gesellschaft.

Das Land Baden-Württemberg hat aus diesem Grund Anfang des Jahres die Richtlinien, anhand derer die zuständigen Verwaltungsbehörden ihre Bußgelder festlegen können, deutlich nach oben gesetzt. Viele Städte und Gemeinden haben hiervon bereits Gebrauch gemacht und aufgrund der neuen Rahmenbedingungen ihre Bußgelder teilweise drastisch erhöht. In Mannheim können beispielsweise für einen achtlos auf die Straße gespuckten Kaugummi 50 bis 250 Euro fällig werden, in Bayern sieht der Bußgeldkatalog dafür lediglich 20 Euro vor (B I. Nr. 1.1.).

Durch eine Modifizierung der Regel- und Rahmensätze bei Zuwiderhandlungen nach dem Vorbild Baden-Württembergs erhöht sich der Handlungsspielraum der Kommunen im Kampf gegen „Müllsünder“. Selbstredend kann eine Verschärfung der örtlichen Bußgelder nur ein Mosaikstein sein, daneben sollten vor allem Informationskampagnen auf die Problematik aufmerksam machen und den Bürgerinnen und Bürgern erklären, wo und wie Müll entsorgt werden darf, bzw. welche Konsequenzen sich aus der illegalen Entsorgung von Müll ergeben. Jedenfalls aber sollte den Kommunen auch die Option, mit adäquaten Bußgeldern gegen illegales Müllentsorgen vorzugehen, nicht verwehrt bleiben. Illegale Müllablagerung auf Kosten der Allgemeinheit sollte kein Kavaliersdelikt bleiben.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

**Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Inge Aures u.a.
SPD
Drs. 18/2524**

Für saubere Städte und Gemeinden: Bußgelder gegen Müllsünder erhöhen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Klaus Adelt**
Mitberichterstatter: **Alfred Grob**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 8. Sitzung am 3. Juli 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Dr. Martin Runge
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 20, 29 und 39 der Liste.

Dies sind der Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Stefan Löw und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Antrag auf Errichtung eines bayerischen Zentrums für Wassergefahren" auf Drucksache 18/2241 und der Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Inge Aures und anderer (SPD) betreffend "Für saubere Städte und Gemeinden – Bußgelder gegen Müllsünder erhöhen" auf Drucksache 18/2524, die zur Einzelberatung hochgezogen wurden. Diese Anträge werden im Plenum am 15. Oktober 2019 aufgerufen.

Der Antrag Nummer 39 der Liste, der Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Harald Güller und anderer (SPD) betreffend "Klares Bekenntnis zu BRK, Malteser, Johanniter und ASB – EuGH-Urteil endlich umsetzen!" auf Drucksache 18/2803 wurde von den Antragstellern zurückgezogen und als nachgezogener Dringlichkeitsantrag zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion eingebracht.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der FDP und der CSU. Wer ist dagegen? – Ich sehe nie-

manden. Wer enthält sich der Stimme? – Enthaltung der beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Ich konnte kein Abstimmungsverhalten der AfD-Fraktion feststellen.

(Klaus Adelt (SPD): Die schlafen noch!)

Sie haben das Ergebnis aufgenommen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

(Unruhe)

Herr Fraktionsvorsitzender Florian Streibl, lieber Florian, würdest du bitte ein wenig auf Ruhe in deiner Fraktion achten? Dies gilt für alle Fraktionen. – Vielen Dank.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Toleranz und Vielfalt in Bayern II: Einrichtung einer Beratungsstelle für Betroffene rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt
 Drs. 18/1636, 18/3728 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Prof. Dr. Winfried Bausback, Robert Brannekämper, Alex Dorow u. a. CSU
 Studentische Mitsprache stärken I: Prüfung der gesetzlichen Festschreibung einer Landesstudierendenvertretung im Bayerischen Hochschulgesetz
 Drs. 18/1866, 18/3009 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>				

3. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Prof. Dr. Winfried Bausback, Robert Brannekämper, Alex Dorow u. a. CSU Studentische Mitsprache stärken II: Voraussetzungen für die Einführung von Online-Hochschulwahlen schaffen
Drs. 18/1867, 18/3780 (ENTH)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

4. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Förderung der Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten im ländlichen Raum anpassen
Drs. 18/1908, 18/3823 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Young Carer I – Kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Schulen für pflegende Kinder und Jugendliche benennen
Drs. 18/1927, 18/3826 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Young Carer II – Jugendgerechtes Online-Informations- und Vernetzungsportal für pflegende Kinder und Jugendliche
Drs. 18/1928, 18/3729 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Friedens- und Konfliktforschung in Bayern voranbringen – Lehrstuhl an einer Universität oder Hochschule einrichten
Drs. 18/2162, 18/3849 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner SPD
Bäuerliche Tierhaltung gegenüber industriellen Strukturen stärken Teil I –
Privilegierung nach § 35 Abs. 1 BauGB novellieren
Drs. 18/2164, 18/3269 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner SPD
Bäuerliche Tierhaltung gegenüber industriellen Strukturen stärken Teil II –
Flächenbindung als Kriterium für den Neubau von Tierhaltungsanlagen
Drs. 18/2165, 18/3738 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner SPD
Bäuerliche Tierhaltung gegenüber industriellen Strukturen stärken Teil III –
Agrarumweltmaßnahmen und Investitionsförderungen für
Intensivtierhaltungsbetriebe über 2 GV je Hektar streichen
Drs. 18/2166, 18/3734 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Museumseintritte sozial gerecht gestalten – Teilhabe an kulturellen Angeboten ermöglichen und Besucherströme gezielt steuern
Drs. 18/2184, 18/3851 (A)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Stefan Löw u. a. und Fraktion (AfD)
Antrag auf Errichtung eines bayerischen Zentrums für Wassergefahren
Drs. 18/2241, 18/3740 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten.

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Blauzungenkrankheit – Betriebe unterstützen, Tierleid verhindern
Drs. 18/2354, 18/3862 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)
Vereinigung der Pflegenden in Bayern unabhängig machen
Drs. 18/2383, 18/3824 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ethische Bildung und Wertevermittlung an unseren Schulen stärken –
Qualitätsoffensive für den Ethikunterricht in Bayern
Drs. 18/2406, 18/3806 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
10.000 Häuser-Programm – Verdopplung der Fördersätze
TechnikBonus Solarwärmespeicherung
Drs. 18/2407, 18/3805 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Inge Aures u. a. SPD
Für saubere Städte und Gemeinden: Bußgelder gegen Müllsünder
erhöhen
Drs. 18/2524, 18/3744 (A)

der Antrag wird gesondert beraten.

30. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Tierschutz bei der Weidehaltung – Unterstand für Weidetiere
bereitstellen
Drs. 18/2552, 18/3820 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Harald Güller u. a. SPD
Klares Bekenntnis zu BRK, Malteser, Johanniter und ASB – EuGH-Urteil endlich umsetzen!
Drs. 18/2803, 18/3747 (A)

Der Antrag wurde zurückgezogen.

40. Antrag der Abgeordneten Manfred Ländner, Tobias Reiß, Holger Dremel u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Wolfgang Hauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Vereinsverbote
Drs. 18/2804, 18/3748 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

41. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u. a. CSU
Freier Eintritt Museen
Drs. 18/2826, 18/3850 (E)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

42. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Eric Beißwenger, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel u. a. CSU Durchführung einer Anhörung zur aktuellen Lage und Zukunft der bayerischen Teichwirtschaft vor dem Hintergrund stetig steigenden Drucks durch Prädatoren und wirtschaftliche Herausforderungen
Drs. 18/2830, 18/3821 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

43. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Stefan Löw u. a. und Fraktion (AfD) Keine weitere Beschneidung der Freiheit! Messerverbot entgegengetreten
Drs. 18/2847, 18/3749 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Doris Rauscher, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD) Probleme in bayerischen Kitas ernst nehmen und lösen – jetzt und nicht erst 2050!
Drs. 18/2848, 18/3733 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Jetzt den Garchingener Forschungsreaktor FRM II abrüsten
Drs. 18/2853, 18/3866 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Inge Aures, Christian Flisek, Harald Güller, Stefan Schuster, Arif Taşdelen SPD**

Drs. 18/2524, 18/3744

Für saubere Städte und Gemeinden: Bußgelder gegen Müllsünder erhöhen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Klaus Adelt

Abg. Alfred Grob

Abg. Johannes Becher

Abg. Joachim Hanisch

Abg. Stefan Löw

Abg. Alexander Muthmann

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Inge Aures u. a.
(SPD)**

**Für saubere Städte und Gemeinden: Bußgelder gegen Müllsünder erhöhen
(Drs. 18/2524)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Kollege Klaus Adelt von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Adelt.

Klaus Adelt (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diesen Antrag nicht aus Spaß an der Freude hochgezogen, sondern weil er mir ein Anliegen ist. Es geht um die Sauberkeit und um den Müll in unseren Städten und in der Natur.

Ich will dazu einige Beispiele nennen: Seien es aus Rücksichtslosigkeit weggeworfene Zigarettenkippen, zerbrochene Glasflaschen auf Spielplätzen, illegale Müllablagerungen im Wald, zurückgelassener Müll von Grillfesten am Isarufer, leere Verpackungen von Fastfood am Straßenrand oder neuerdings auch achtlos weggeworfene Taschenmesser – in vielen Städten und Gemeinden findet sich Müll, der dort entsorgt wird, wo er nicht hingehört.

(Unruhe – Horst Arnold (SPD): Was ist denn das? – Glocke des Präsidenten)

Das achtlose Wegwerfen von Müll im öffentlichen Raum, die Verwendung von Einwegverpackungen, von Kaffeebechern und anderem, hat deutlich zugenommen. Wegräumen müssen es die Kommunen, die sich dagegen zu wehren versuchen. Gerade an den Containerplätzen wird der Müll immer mehr. Zum Beispiel erwägt die Stadt Helmbrechts derzeit das Aufstellen von Videokameras. In Hof wurden Videokameras bereits eingeführt. Es gibt aber auch, wie der Jagdverband beklagt, in den Wäldern illegale Ablagerungen von Müll.

Das ist kein Kavaliersdelikt. Der niedrige Strafraumen schreckt viele nicht ab. Ich zeige es an einem eigenen Beispiel: Es stellt einer seinen Fernseher an einem Müllcontainer ab. Der Bürgermeister erwischt ihn: 30 Mark Strafe. Damals hat es noch die D-Mark gegeben. Im Rathaus legt der Fernseheigentümer 30 Mark auf den Tisch und noch 5 Mark dazu und sagt: Das ist für die Kaffeekasse, Hauptsache, mein Fernseher ist weg. – Für mich ist das ein Zeichen dafür, dass der Spielraum, den die Gemeinden haben, zu gering ist. Die Menge des Mülls, die auf diese Weise anfällt, wird immer größer. Das sind zum Beispiel die Kippen. Wenn man die in Deutschland weggeworfenen Kippen mit denen in der Welt weggeworfenen addiert, nimmt dieser hochgradig belastete Abfall große Ausmaße an. Meine Damen und Herren, nicht umsonst haben Bahn und U-Bahn das Rauchen auf den Bahnsteigen verboten. Schließlich macht das Beseitigen der Kippen im Gleisbett sehr viel Mühe und Arbeit.

Solches Wegwerfen stellt aber lediglich eine Ordnungswidrigkeit dar, die sich "Unzulässige Abfallentsorgung" nennt. Obendrein wird sie selten geahndet. Die Ahndung ist nicht Aufgabe der Polizei.

Gemäß unserem Antrag sollen die Kommunen selbst entscheiden, wie weit sie den Rahmen setzen. Wir wollen den Kommunen einen weiteren Spielraum für Strafen, die wirklich spürbar sind, eröffnen als bisher. Wir stehen mit diesem Anliegen nicht allein; auch die zuständigen Abteilungsleiter des Städtetags befürworten eine Verschärfung des Bußgeldkatalogs. Baden-Württemberg hat das längst getan. Dort gibt es ein Bußgeld für das Wegwerfen von Kippen in Höhe von 75 Euro, in Mannheim sogar von 100 Euro. Wir wollen diesen Spielraum erweitern.

Wir wollen auch dem Verpackungsfetischismus Herr werden und diesen einschränken, damit man Verpackungen nicht einfach hinwirft. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer seinen Müll im Vertrauen darauf, dass ihn andere schon wegräumen werden, achtlos auf Spielplätzen, im städtischen Raum wegschmeißt, soll auch zur Kasse gebeten werden, und zwar, wie vorhin schon erwähnt, mit einem ordentlichen Betrag.

Wir retten mit diesem Antrag natürlich nicht das Klima. Wir leisten aber einen entscheidenden Beitrag dazu, dass der Müll weniger wird. Deshalb bitten wir von der SPD-Fraktion erneut um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Der nächste Redner ist der Kollege Alfred Grob von der CSU-Fraktion.

Alfred Grob (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es geht um illegale Abfallentsorgung, genauer gesagt um einen Antrag der SPD, der die Erhöhung der Regelrahmensätze im Bußgeldkatalog für die Abfallentsorgung vorsieht. Ich glaube, in der Ausgangssituation, in der Lagebewertung – medizinisch würde man "in der Diagnose" sagen – sind wir ganz eng beieinander. Wir ärgern uns alle. Wir ärgern uns, wenn illegal Abfall abgelagert und Müll einfach irgendwo entsorgt wird. Beispiele: Wir ärgern uns über Bauschutt, über Altreifen, über ausgediente Elektrogeräte, über Elektrosmog

(Allgemeine Heiterkeit)

– über Elektroschrott natürlich. Wir ärgern uns über Möbel, die weggeworfen werden. Wir ärgern uns über Papiertüten und Verpackungen von Fastfood in der Stadt, über zersplitterte Flaschen im Innenstadtbereich, über Partymüll an den Baggerseen, über achtlos weggeworfene Zigarettenkippen, Papiertaschentücher oder ausgespuckte Kaugummis, die dann entweder für viel Geld in der Innenstadt vom Pflaster weggekratzt werden müssen oder, noch schlimmer, teilweise an der Fußsohle kleben bleiben. So weit kann jeder die Aufzählung mit eigenen Bildern, mit eigenen Erfahrungen und mit eigenen Ärgernissen erweitern.

Ich möchte hier kurz die Broken-Windows-Theorie bemühen, die besagt: Wer Sachbeschädigungen, zum Beispiel Graffiti, eingeschlagene Fensterscheiben oder auch Unrat an öffentlichen Orten zulässt und diese nicht sofort beseitigt, der zieht diese

Phänomene praktisch magnetisch an. Daher sind, wie ich meine, alle Kommunen gut beraten – das ist ein Ansatz –, schnellstmöglich gegen Verunreinigungen im öffentlichen Raum vorzugehen. Ich würde hier zum Beispiel ein Mängeltelefon, das wir in unserer Kommune seit Jahren betreiben, gut finden, um schnell von der Verunreinigung zu erfahren und sofort reagieren zu können.

Bei dem zweiten Schritt, der Bewältigung der Situation, bei der Abhilfe – in der Medizin würde man "bei der Therapie" sagen – sind wir wahrscheinlich grundsätzlich anderer Meinung. Der Ruf nach höheren Bußgeldern ist hier auf den ersten Blick natürlich oft naheliegend, reflexartig und meistens auch laut. Ich meine, das ist aber zu kurz gesprungen.

Die SPD schlägt nach dem Beispiel von Baden-Württemberg vor, die Regel- und Rahmensätze für Müllsünder zu erhöhen. Aber wir haben in Bayern keine Probleme mit der Ahndung der erkannten Vergehen oder mit der Höhe der angewandten Bußgeldsätze. Ich glaube vielmehr, wir haben ein Problem mit dem schnellen Erkennen und Identifizieren von Müllsündern und vor allem mit dem Verhindern von regelmäßigen und immer wiederkehrenden Verschmutzungen und Vermüllungen an Brennpunkten. Das ist nämlich ein anderer Ansatz.

Ich meine: Erstens. Der aktuelle Bußgeldkatalog in Bayern ist flexibel und gut gestaffelt. Die Spanne reicht von Bußgeld für weggeworfene Kaugummipapiere oder für ein Bonbonpapier in Höhe von 20 bis 35 Euro bis zu schwerwiegenden Bußgeldandrohungen, die sich irgendwo – ich habe den Bußgeldkatalog dabei – bei zweieinhalbtausend oder 3.000 Euro Bußgeld bewegen, bis hin zu Spitzenbußgeldern in Höhe von 8.000 Euro. Ich glaube, das ist vielseitig und gut gestaffelt.

Zweitens. Im begründeten Einzelfall – das wissen alle, die ein bisschen mit Verwaltungsrecht zu tun haben – kann man sehr wohl über den Rahmen hinausgehen und auch höhere Bußgelder ansetzen. Insgesamt umfasst der vorhandene Bußgeldrah-

men aus meiner Sicht einen angemessenen Ermessensspielraum, und der Ahndungsrahmen für die Verfolgungsbehörden ist in Ordnung.

Drittens. Es kommt dazu, dass jemand, der irgendwo im Wald oder sonstwo Müll entsorgt, nicht nur das Bußgeld bezahlen muss, sondern im Rahmen der Ersatzvornahme in aller Regel auch die Kosten der Beseitigung und Entsorgung des Mülls. Das ist eine zusätzliche Belastung, und es ist gut so, dass er das selber bezahlen muss, außer natürlich, er kann das selber fachgerecht beseitigen.

Viertens. Es kommt bei Abfallbeseitigungen mitunter vor, dass Boden oder Gewässer verunreinigt werden oder dass Müll, der belastet ist, giftig oder gefährlich ist, entsorgt wird. Das heißt, wir bewegen uns nicht mehr im Bußgeldbereich, sondern wir sind hier längst im Umweltstrafrecht. Da brauche ich keinen Bußgeldrahmen, sondern da gibt es empfindliche Strafen. Die setzt dann der Richter fest, nicht die Bußgeldbehörde. Das soll heißen: Wir haben vom Bußgeldrecht bis zum Umweltstrafrecht, wie ich meine, ein sehr wohl dosiertes und sehr gut gestaffeltes System.

Fünftens. Der Bußgeldkatalog in Baden-Württemberg dient lediglich als Richtlinie mit Empfehlungscharakter – so ist es gesagt worden –, bei der eine Vielzahl von Kommunen noch gar nicht mitmacht – deswegen gibt es diese großen Unterschiede zwischen Mannheim und anderen Kommunen –, die diese höchst unterschiedlich anwenden. Ich sehe hier die Gefahr, dass in der Folge vergleichbare Verfehlungen landesweit mit höchst unterschiedlichen Bußgeldern versehen werden. Das ist mit Sicherheit nicht im Sinne einer Gleichbehandlung in einem Bundesland.

Sechstens und letztens: Bayern ist derzeit dabei, einen neuen Bußgeldkatalog für Umweltverstöße zu schaffen. Das kommt daher, weil das Ministerium die Änderungen für das Immissionsschutzrecht, für das Naturschutzrecht und für das Wasserrecht einarbeiten muss. An diesem Verfahren wurden durch das Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz alle Regierungen und alle Kreisverwaltungsbehörden beteiligt, die Vollzieher sind, Verfolgungs- und Ahndungsbehörden. In ihren schriftlichen Stellung-

nahmen hat sich ganz klar ergeben: Es gibt keinen Änderungsbedarf bei der Anwendung des Bußgeldrahmens. Die kommunalen Spitzenverbände sagen das Gleiche. Auch der Gemeindetag, der Landkreistag und der Städtetag wurden befragt. Auch hier gibt es keine Änderungswünsche. So ist es mir vom Ministerium geschrieben worden. Es gibt keine Änderungswünsche bei der Höhe des Bußgeldrahmens.

Im Ergebnis heißt das für mich: Es gibt keinen Grund, an der Bußgeldschraube zu drehen. Vielmehr sollten die Kommunen und die Sicherheitsbehörden regelmäßig an bekannten Brennpunkten präsent sein: durch kommunale Ordnungsdienste, durch die Sicherheitswacht und, wenn es geht, auch durch die Polizei im Rahmen des regelmäßigen Streifendienstes, natürlich sofern die Einsatzsituation dies zulässt.

Außerdem halte ich eine Sensibilisierung unserer Bürgerinnen und Bürger für dringend geboten nach dem Motto, dass der Ehrliche nicht auf Dauer der Dumme sein darf. Wir müssen zusehen, dass der Bürger ermutigt wird, wenn er Verstöße im Abfallbeseitigungsrecht feststellt, sofort ohne bürokratische Hürden irgendwo anzurufen, und sich dann jemand sofort auf den Weg macht, um bei der Ahndung schneller und besser zu werden.

Das sind meine Ansätze. Genauso wichtig ist es für mich aber, dass Abfälle und Vermüllungen so schnell wie möglich beseitigt werden, um allen Nachahmern und Vandalen nicht in die Karten zu spielen oder ihnen eine zusätzliche öffentliche Plattform zu bieten, um die Vermüllung weiter zu manifestieren. Die CSU lehnt deshalb in der Gesamtschau der Argumente die Erhöhung der Rahmensätze für die Bußgelder bei der Abfallentsorgung ab. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, gebe ich Ihnen das Wahlergebnis der vorhin durchgeführten Richterwahl bekannt. Das war Tagesordnungspunkt 4. An der Wahl haben 174 Abgeordnete teilgenommen. Alle Stimmzettel waren gültig. Auf Herrn Dr. Wagner

entfielen 150 Stimmen. Mit Nein stimmten 8 Abgeordnete, ihrer Stimme enthalten haben sich 16 Abgeordnete. – Ich stelle fest, dass der Bayerische Landtag Herrn Dr. Ludwig Wagner zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes gewählt hat. Der Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Wir fahren nun in der Debatte von Tagesordnungspunkt 5 fort. Das Wort hat nun Herr Kollege Johannes Becher von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man bei der Aktion "Saubere Landschaft" selbst teilnimmt, wenn man mit offenen Augen durch unsere Städte und Gemeinden geht, selbst wenn man durch die freie Landschaft wandert, stellt man fest: Müll ist überall, selbst auf meinem Weg vom Büro in der Ismaninger Straße hier zum Bayerischen Landtag. Wenn man einmal bewusst hinschaut, sieht man Müll: Kippen, Papier, Plastik, Dosen, Flaschen usw. usw. Dabei rede ich noch nicht einmal von den extremen Fällen, wie sie Herr Kollege Adelt erwähnt hat, oder davon, dass jemand vorsätzlich den Kofferraum oder den Transporter vollmacht, um den Müll in der Umwelt zu entladen. Ehrlich gesagt, es regt mich schon auf. Es darf doch nicht wahr sein, für wie viele Menschen in diesem Land es scheinbar unmöglich ist, den eigenen Müll wieder mitzunehmen oder ihn in einen öffentlichen Mülleimer zu werfen. Kaum liegt aber irgendwo etwas herum, schon fühlen sich andere Menschen offensichtlich motiviert, gleich noch etwas dazu zu werfen. Dieses Verhalten hat negative Auswirkungen auf die Umwelt, auf Tiere, die das Zeug dann fressen, auf die Lebensqualität der Menschen und letztlich auch auf die zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bauhöfen der Kommunen, die das dann alles wieder zusammenräumen müssen. Die SPD thematisiert dies in ihrem Antrag und fordert höhere Strafen für Müllsünder. Ich meine, zu Recht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt kann man natürlich die Frage stellen, lieber Herr Kollege Grob, ob höhere Strafen allein wirklich das gesamte Problem lösen. Ehrlich gesagt, ich glaube auch nicht,

dass damit das gesamte Problem gelöst wird. Ich würde mir aber eine Gesellschaft wünschen, in der es die Menschen aufgrund ihrer Erziehung und ihrer Werte als Selbstverständlichkeit erachten, den eigenen Müll wieder mitzunehmen oder ihn ordnungsgemäß zu entsorgen. Ich würde mir auch wünschen, übrigens auch hier im Hohen Haus, dass wir viel mehr Anstrengungen unternehmen, damit endlich viel weniger Müll produziert wird. Was es nicht gibt, das kann man nicht wegschmeißen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Und ich würde mir schon auch eine Gesellschaft wünschen, die den öffentlichen Raum nicht als Fläche einer abstrakten Kommune betrachtet, sondern als Raum, in dem Menschen Verantwortung übernehmen für das Gemeinwohl, für eine aktive Bürgergesellschaft. Es ist eben ein Raum der Gemeinschaft, und dort lade ich nicht meinen Müll ab, und da will ich auch nicht, dass jemand anderes sein "Graffel" zurücklässt.

Ich kann mir hier viel wünschen, die Realität schaut leider anders aus. Solange wir als Gesellschaft offensichtlich nicht so weit sind, müssen wir es manchmal über den Geldbeutel regeln. In Anbetracht der Tatsache, dass nur ein winziger Bruchteil der Müllsünder überhaupt erwischt wird, bin ich der Meinung, dass es dann auch richtig wehtun muss, damit die das spannen, wenn dieser seltene Fall einmal eintritt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Daher unterstützen wir den Vorschlag der SPD-Fraktion, den Bußgeldkatalog anzupassen und hier höhere Strafen möglich zu machen. Ich muss mich, ehrlich gesagt, schon wundern, dass ausgerechnet die Regierungsfaktionen diesen Antrag ablehnen. Ich hätte mir schon ein anderes Abstimmungsverhalten gewünscht und vielleicht auch ein bisschen erwartet.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als nächster Redner hat nun Herr Kollege Joachim Hanisch von der Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein Thema, hinter dem wir sicherlich alle stehen. Die Problematik ist bekannt, und ich kann sie in schönen Farben schildern und die Verantwortung bei den Regierungsfractionen suchen. Aber was wollen Sie denn mit denen machen, die verantwortlich sind für den Müll, der Ihnen begegnet auf Ihrem Weg von der Ismaninger Straße hierher? – Sie erwischen doch keinen, der das hinschmeißt. Der Müll, der liegt doch schon dort. Das Problem ist doch, überhaupt jemanden von den Leuten zu erwischen. Ich war lange genug Bürgermeister und weiß um die Problematik. Schließlich legt keiner einen Zettel mit seinem Namen oder gar seine Visitenkarte dazu. Wenn man Glück hat, hinterlässt einer bei den Sachen, die er ablädt, einen Lieferschein. Dann kann man ihn zur Kasse bitten, und dann zahlt er auch den Transport. Dann habe ich unter Umständen auch noch andere Möglichkeiten, weil es sich vielleicht um einen Straftatbestand handelt. Dann geht es schon ans Geld, und dann komme ich zu den Tausenden von Euro, die man festsetzen kann. Auch diese Möglichkeiten gibt es.

Lassen Sie mich umgekehrt die Frage stellen: Glauben Sie, dass Sie dieses Problem mit höheren Bußgeldern lösen? Das ist doch die entscheidende Frage. Darüber müssen wir nachdenken. Ich komme zu dem Ergebnis, dass wir mit höheren Bußgeldern dieses Problem nicht lösen können. Es ist ein gesellschaftspolitisches Thema. Wir müssen es in den Köpfen lösen. Wir müssen bei den Schulen anfangen, wir müssen Erziehung betreiben. Dann können wir es unter Umständen verbessern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie mich das einmal pragmatisch anpacken. Die kommunalen Spitzenverbände wurden bei einer Anhörung gefragt; sie sehen keine Lösung des Problems über eine Erhöhung dieser Bußgelder. Ich schließe mich dem weitestgehend an. Wenn man das konsequent verfolgen will, muss man das notwendige Personal einsetzen, dann muss man überwachen, verfolgen und Aufklärung betreiben. Meine Damen und Herren, vieles von dem wird gemacht, aber es ist einfach nicht möglich, jeden zu erwi-

schen, der irgendwo etwas wegwirft. In Baden-Württemberg wurde eine Erhöhung durchgeführt. Viele Kommunen haben aber nicht erhöht mit der Begründung, dass die Erhöhung definitiv nichts bringt.

Wenn wir das Problem lösen wollen, müssen wir an der Ursache ansetzen. Dann müssen wir das Problem Plastik generell lösen. Dabei sind wir schon auf einem gewissen Weg. Wenn man Plastik verbietet, dann liegt es nicht mehr draußen herum, dann hat man dieses Problem nicht mehr. Dieser Ansatz gefällt mir weitaus besser.

Ich war noch Bürgermeister, als man das Duale System eingeführt hat. Überlegen Sie einmal: Wenn Sie sich in der Früh auf Ihrem Weg zum Landtag einen Kaffee kaufen, und Sie haben dann einen Coffee-to-go-Becher, weil Sie selbst keinen mitgebracht haben, dann werden Sie den Becher irgendwo in einen öffentlichen Abfalleimer werfen. Die Firma zahlt an das Duale System Geld, entsorgen muss den Becher aber die Kommune. Eigentlich müsste man das Geld wieder den Kommunen zuführen. Wir haben das damals diskutiert; auch da müsste man ansetzen. Ansätze, Möglichkeiten, gäbe es viele. Die Erhöhung des Bußgeldrahmens als einzige Möglichkeit in den Raum zu stellen ist, glaube ich, zu kurz gesprungen.

Wir müssen versuchen, das Ganze in die Köpfe der Leute zu bringen. Ich glaube, dann kommen wir dem Thema sehr, sehr nahe. Ich weiß, das lässt sich nicht von heute auf morgen lösen; das ist eine langwierige Geschichte. Wenn ich aber junge Menschen sehe, die auf dem Schulweg ihren Abfall wieder in die Schultasche stecken, glaube ich, dass wir uns auf einem guten Weg befinden. Ich setze deshalb auf die Zukunft. Früher, vor Jahren, als man die Trennung des Abfalls eingeführt hat, haben mir viele Erwachsene, Väter und Mütter, erzählt, dass es die Kinder waren, die sie erzogen haben. Sie haben gesagt: Das müssen wir machen. – Ich glaube, das ist der richtige Weg. Setzen wir auf diesen Weg und darauf, dass wir viele dieser Sachen abschaffen können! Ich denke an die Plastiktüten. Wenn wir auf diesem Weg weiter vorankommen, wird der Müll automatisch etwas weniger.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Stefan Löw von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Stefan Löw (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir von der AfD stehen zum Schutz unserer wunderschönen Heimat, und zwar nicht nur bei der Sicherung der Grenzen, sondern auch beim Umweltschutz. Es ist einfach unerträglich, wenn bei einem Spaziergang im Wald statt unberührter Natur Mülltüten und abgeladener Sondermüll ins Auge stechen.

Die Beweggründe für die Verschandelung unserer Natur sind Faulheit und Geiz. Um die Entsorgungsgebühren zu sparen, wird die Zerstörung unserer Umwelt billigend in Kauf genommen. Die Kosten dafür bleiben am Steuerzahler oder am Grundstückseigentümer hängen. Die Gefahr, erwischt zu werden, ist gering, und falls der Täter doch ermittelt wird, sind die Strafen so niedrig, dass sich das Risiko im Hinblick auf die vorher eingesparten Gebühren oft gelohnt hat. Daher brauchen wir hier eine abschreckende Wirkung. Auch kann ich kein Verständnis für Teile unserer Schülerschaft aufbringen, die zwar auf der einen Seite jeden Freitagvormittag die Schule schwänzen, um für das Klima zu demonstrieren, aber dann ihren ganzen Müll an Ort und Stelle wegwerfen,

(Beifall bei der AfD)

oder für unsere Jugend, die bei Festivals wie "Rock im Park" Plastikflaschen, Verpackungsmüll und zerstörte Zelte zurücklässt. Deshalb ist es nur richtig und wichtig, dass die Strafen erhöht werden, denn manche lernen Anstand erst, wenn es im Geldbeutel wehtut. Wir stimmen daher dem Antrag zu, wie bereits im Ausschuss geschehen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Stadt Freyung, in der ich zu Hause bin – ebenfalls ein Beitrag betreffend Disziplinlosigkeiten und zu einer da und dort eher schon deprimierenden Bestandsaufnahme –, haben Grundschüler im Zuge eines Workshops am Stadtplatz die Zigarettenkippen eingesammelt. Dies ist auch medial begleitet worden, und es war, wie ich finde, eine tolle und verantwortungsvolle Aktion dieser Schule und der Schülerinnen und Schüler.

Als ich einige Tage später wieder über den Stadtplatz gelaufen bin, war dieser wieder von Kippen übersät. An dieser Stelle ist der Fokus insbesondere auf die Jungen zu legen. Da bin ich schon eher bei dem Kollegen Hanisch, der sagte, die Jungen würden uns Ältere auch ein Stück weit erziehen. Aber ich möchte schon auch meinen, dass es nicht allein diesen langwierigen Erziehungsprozess der Alten abzuwarten gilt, sondern dass wir uns auch insgesamt auf den Weg machen müssen, dieses Verhalten gesamtgesellschaftlich im Kleinen und im Großen aufzuzeigen und zu ächten.

Es ist geschildert worden, wie viel in der freien Natur und in den Orten im Klein-Klein herumliegt. So richtig versteht man diese Disziplinlosigkeiten nicht, deshalb müssen wir dagegenhalten. Aber das Problem ist auch nach Überzeugung unserer Fraktion nicht die Höhe des Bußgeldrahmens. Denn auch für die viel zitierte Zigarettenkippe gibt der Bußgeldrahmen im Regelfall schon zwanzig Euro her. Wir sind der Überzeugung, wenn es gelänge, da oder dort den einen oder anderen zu identifizieren und entsprechend zu belangen, dass dies wirken würde. Das würden sich viele überlegen: sechs Euro für die Schachtel und dann noch zwanzig mal sechs Euro beim Wegwerfen – das würde sich schon zu einer Verhaltensänderung auswachsen.

Deshalb ist es so wichtig, wenn man einen dieser Müllsünder erwischt, im Kleinen wie im Großen, nicht zu sagen: Es gibt ja viele –, und das zu bagatellisieren, sondern den

Rahmen, den wir haben, die gesetzlichen Vorschriften, auch anzuwenden. Das ist viel wichtiger, als jetzt über Korrekturen nachzudenken. Wenn statt zwanzig Euro vierzig Euro nicht zur Geltung gebracht werden, weil es niemand bemerkt, ist auch nicht geholfen. Daher gilt unsere Priorität der Zielsetzung, die gesetzlichen Vorschriften, die wir haben, auch zur Geltung zu bringen und den Einzelfall zu ahnden. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und AfD. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Stimmenthaltungen, bitte. – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.